Fernsehen

Autor(en): **Bigler, Kurt**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **57 (1978)**

Heft 1

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Fernsehen

Demokratie ohne Arbeiter?

In leiser Resignation stellte man nach der höchst informativen CH-Sendung des Deutschweizer Fernsehens «Demokratie ohne Arbeiter» die Flimmerkiste ab. Was einem zwar bisher häufig zu Ohren gekommen war, einen beunruhigt hatte, wurde angesichts der vorgestellten Unterlagen zur disillusionierenden Realität: drei von vier Arbeitern (genauer 76 Prozent) nehmen nicht an Urnengängen teil; bei den Angestellten bleiben 57 Prozent, den Arbeitgebern 44 Prozent dem Abstimmungslokal fern. Durchschnittlich enthalten sich 62 Prozent aller Stimmbürger der Stimme, nicht weit von zwei Dritteln! Das Fernsehen lud rund 300 Arbeiter der Lokomotivfabrik Winterthur dazu ein, sich in der Montagehalle über das Thema Stimmabstinenz untereinander und mit prominenten Politikern und Wissenschaftern zu unterhalten. Ganze 38 – also knapp 13 Prozent – erschienen zur Sendung: Organisierte und Unorganisierte, politisch Engagierte und Unengagierte, regelmässige Urnengänger nebst Voll- und Fastabstinenten – Spiegelbild der Abstimmungsrealität. Unisono ertönte die Klage, die von Amtes wegen abgegebenen Wegleitungen wie die zur Abstimmung gelangenden Texte seien zu kompliziert bis unverständlich. Unüberhörbar, fast ebenso unisono, der bittere Vorwurf, man bekomme die Wahrheit nicht gesagt und werde hintergangen, die Vorlagen entbehrten der Glaubwürdigkeit, die Abstimmungsresultate (und mit ihnen der Stimmbürger) würden zu wenig ernstgenommen und überhaupt: «Die da oben machen ja sowieso, was sie wollen!» Die Stimmabstinenz bei den jüngeren Arbeitern ist grösser als bei den älteren, welche letzteren sich daran erinnern, dass es einst ernsthaft galt, sich für soziale Verbesserungen und gegen den drohenden Nationalsozialismus einzusetzen – «Wir wussten damals, was wir zu verlieren hatten: die Demokratie!»

Bitterkeit und Resignation?

Es fielen wenig greifbare und wirkungsvolle Vorschläge zur Behebung des offensichtlichen Missstandes, der letztenendes einmal bis zur Funktionsunfähigkeit der direkten Demokratie führen könnte. Übrig blieb für den Zuschauer eine leise Bitterkeit und das quälende Bewusstsein, welche Möglichkeiten da verspielt werden, gerade für die Arbeiterschaft und für jene Kreise, die unseren Staat sozial ausbauen möchten. Sagten doch die anwesenden Wissenschafter aus, dass bei höherer Stimmbeteiligung ohne Zweifel zum Beispiel Mieterschutz, Krankenversicherung, Raumplanunng und Reichtumssteuer mindestens ein Volksmehr gefunden hätten. Das muss den Verantwortlichen, besonders in der SP, zu denken geben und Ansporn zum Neuüberdenken sein.

Zugang zur Information fordert Bildung

Mögen auch gewisse Argumente gegen die Stimmbeteiligung nachträglichen Entschuldigungscharakter tragen und wenn auch die Enttäuschung über «die da oben» nicht durchwegs differenziert tönte, so müssen solche Vorwürfe gehört und vor allem ernstgenommen werden. Es kann ja auch nicht übersehen werden, dass zahlreiche zur Abstimmung gelangenden Probleme in der Tat sehr komplex sind – man denke da an die Reichtumssteuerinitiative, auf welche in der Sendung mehrfach angespielt wurde. Zum Verständnis solch komplizierter Probleme braucht es geduldige Einarbeit. Und gerade da macht sich jedes Bildungsdefizit schmerzlich bemerkbar. Natürlich wird sehr breit informiert, bemühen sich zum Beispiel Radio und Fernsehen in letzter Zeit in besonderer Weise um allgemeinverständliche Aufklärung – und zwar in hohem Masse. Sachliche Information stünde an sich zur Verfügung, wollte man sich ihrer bedienen. Aber auch Zugang zu den Informationsmitteln- und methoden setzt wiederum Bildung voraus. Im übrigen kann fundierte Meinungsbildung auch nur geschehen, wo Meinungen aufeinanderprallen. Wie steht es damit in den bei uns noch sehr zahlreichen Landstrichen, wo nur eine mögliche Meinung zum Ausdruck gebracht wird? Selbst wenn es gelingen würde, die vielkritisierten Wegleitungen in Form eingängiger Skizzen und Bildchen verständlicher zu gestalten, bleiben Verfassungs- und Gesetzestexte eben Verfassungs- und Gesetzestexte, mögen sie noch so sehr modernisiert und leichtverständlich formuliert werden. Sich ihnen zu nähern, bedarf einer bestimmten Bildung und einer Neigung. Und beide müssen gefördert beziehungsweise geweckt werden.

Politisch aktive Arbeiter erwünscht?

Gewiss kann man die Schule ermuntern, ein mehreres zu tun. Dann gilt es aber, politische Alltagsprobleme in die Schulstuben zu tragen. Dabei stellt sich die ernsthafte Frage, ob und wie weit das wirklich allenorts gewünscht wird, und im gleichen Zusammenhang wird die Frage nach dem Freiheitsraum des Lehrers auftauchen. Kritisch Überlegende und Denkende, vor allem aber selbständig Handelnde in Schule, Armee und am Arbeitsplatz: sind die wohl so gefragt? Kann man so leicht heute unselbständig-geleitetes Objekt und morgen freientscheidendes Subjekt sein? Muss da nicht ein langer Weg vom «Untertanen» zum «Gesetzgeber» beschritten werden? Da drängt sich mir eine ketzerische Frage auf. Ist «man» angesichts der oben gewonnenen Erkenntnisse eigentlich so sehr daran interessiert und darauf erpicht, der beklagten Stimmabstinenz des Arbeiters entgegenzuwirken, ihn so zu aktivieren, dass er, sich seiner Stärke bewusst, zum denkenden, zum politisch handelnden Arbeiter wird?

Kurt Bigler